



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Landtagsabgeordneten im Kreis Bautzen.....	4
Steuerlast sofort senken: Entlastung für Oberlausitzer Pendler	4
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen	4
Existenz der Schweinezuchtbetriebe im Landkreis Bautzen sichern!.....	4
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	5
Termine – Kreisverband Bautzen.....	6
Karsten Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	7
AfD – Verdächtig gut!	7
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	8
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 6.3.2022	8
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.3.2022	10
Solidarität mit den russischen Bürgern, die aktuell rassistischen Angriffen ausgesetzt sind! ..	10
Drogenhändler festgenommen: Abschiebung auch nach Syrien!.....	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.3.2022	11
Lichtensteiner Kinderklinik erhalten: Wohnortnahe Gesundheitsversorgung garantieren.....	11
Benzin-Wahnsinn stoppen! Steuern senken!	11
Russland: Die Isolationsstrategie ist ein fatales Eigentor!.....	12
Impfnebenwirkungen: Schadensbilanz muss auf den Tisch!.....	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.3.2022	13
Ausstieg vom Kohle-Ausstieg jetzt!	13
Kein Platz für echte Hilfsbedürftige? Wirtschaftsmigranten abschieben!.....	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.3.2022	14
Rentner als Sozialfälle: Macht Politik für die eigenen Bürger!.....	14



Allgemeine Impfpflicht – Deutschland (fast) allein auf der Welt!.....	15
Neues von der Alternative für Deutschland	16
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	16
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien	16
Nein, Herr Gauck! Die Bürger brauchen nicht zu frieren!	16
Der sogenannte „Verfassungsschutz“ findet noch immer keinen Beleg für Extremismus in der AfD	17
Energie muss für alle erschwinglich sein!	18
Jetzt erst recht: Alternative Politik zum Wohl unseres Landes!	19
Maßnahmen sollen auch OHNE CORONA bestehen bleiben!.....	20
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	20
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	20
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Bundestagsfraktion in den sozialen Medien	21
AfD-Fraktion verabschiedet Positionspapier zum Ukraine-Krieg!.....	21
Rekordpreise bei Heizöl und Kraftstoff - und der Staat macht sich die Taschen voll!.....	22
Ideologischer Missbrauch des "Weltfrauentags"	22
Österreich stoppt Immunisierungspflicht: Deutschland muss folgen!	23
Video-Empfehlungen	24
Bericht einer Frau, die in der Ukraine helfen wollte .. leider ist dies wohl kein Einzelfall!	24
Lutz Männel - Schneewittchen pflegt.....	24
Informationskanäle der AfD.....	24
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag.....	24
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.....	24
Kanal von AfD Kompakt TV.....	24
Wochenendpodcast der AfD.....	24
AfD im EU-Parlament	24
Meldungen aus Deutschland und der Welt	24
Ukraine: Hintergründe und Sichtweisen fernab der indoktrinierenden Massenmedien	24
Nikolai Platoschkin – ehemaliger russischer Diplomat.....	24
Vermischtes aus Deutschland und der Welt.....	25
Lindner: Keine Senkung der Benzinsteuern wegen Preissteigerungen.....	25
Autofahren offenbar noch nicht teuer genug – es droht die PKW-Maut	25
Informationen zum Coronavirus	25
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	25



Braucht Deutschland noch die Maskenpflicht?	25
Österreich: Regierung setzt Impfpflicht aus	25
Fällt im Supermarkt die Maske? Neuer Corona-Entwurf sorgt für Freude – die CSU schimpft „verheerend“	25
Corona-Infos für Sachsen	25
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	25
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	25
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	25
Nachrichten aus der Kategorie „Bereicherung“	26
Anteil ausländischer Sextäter nimmt zu.....	26
Erste Flüchtlinge in Garmisch-Partenkirchen angekommen - Hotel will nur Ukrainer aufnehmen	26
Fakten in Bildern	27
Achtung Satire!	29
Kommunalmandate im KV Bautzen	30
PRESSE-ARCHIV	30
SPENDENKONTO.....	30
KONTAKT:.....	30



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Landtagsabgeordneten im Kreis Bautzen

Steuerlast sofort senken: Entlastung für Oberlausitzer Pendler

Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen erklärt:

„Täglich pendeln über 30.000 Menschen in die Oberlausitz zur Arbeit, während zeitgleich fast 43.000 Bürger außerhalb der Landkreise Bautzen und Görlitz zur Arbeit fahren.

Unter den derzeitigen Benzin- und Dieselpreisen werden sich viele Bürger fragen, wie sie das bezahlen sollen und ob sich die Fahrt zur Arbeit überhaupt noch lohnt.

Die massiv gestiegenen Treibstoffpreise sind der aktuellen Ukraine-Krise geschuldet, aber vor allem ein Ergebnis der verfehlten Klimapolitik der Bundesregierung.

Diese Fehlentwicklung muss schnellstens korrigiert werden. Gerade im ländlichen Raum sind die Bürger auf das eigene Auto angewiesen. Gleichzeitig steigen auch die Betriebsausgaben für Handwerker und ÖPNV, die ebenfalls ihre Dienste auf dem Land anbieten.

Die Steuerlast auf Kraftstoffe muss gesenkt werden, um Mobilität auch in dieser Zeit zu ermöglichen.

Ich fordere die Sächsische Staatsregierung auf, sich sofort auf Bundesebene für eine massive Senkung der Besteuerung von Benzin und Diesel einzusetzen.

Der Staat verdient prächtig an der Zapfsäule: 19 % Mehrwertsteuer, Energiesteuer und CO₂-Bepreisung. Alles Steuern, welche bei Pendlern und Handwerkern zu finanziellen Einbußen führen.“

Quelle: <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/bautzen/content/1533734914119>

Frank Peschel, MdL
7.3.2022

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen

Existenz der Schweinezuchtbetriebe im Landkreis Bautzen sichern!

Die Verbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) von Osteuropa her führt dazu, dass das gesamte Gebiet des Landkreises Bautzen aus sogenannten Restriktionszonen besteht. Durch die in der Vergangenheit erfolgte Konzentration der Schlachtkapazitäten in Deutschland können Tiere aus den Restriktionsgebieten derzeit nur an wenigen Schlachtbetrieben (Niedersachsen) geschlachtet werden. Nicht vermarktbar, weil zu schwere Tiere, blockieren Stallflächen und verhindern planmäßige Neuaufstellungen. In der Konsequenz verlieren die Betriebe dreistellige Beträge je Schlachttier (vor ASP 200-250€ je Tier, derzeit 30-50 €). Eine wirtschaftliche Existenz



ist nicht mehr gegeben. Die Tierhalter sind zum Aufgeben gezwungen, die Ernährungssicherheit gefährdet.

Antrag:

1. Gründung eines Nothilfefonds in Höhe von 1 Mio € für Schweinezuchtbetriebe im Kreis Bautzen.
2. Erarbeitung einer Verordnung zur finanziellen Unterstützung dieser Schweinezuchtbetriebe.
3. Bereits ausgestaltete Betriebe verlieren nicht die Betriebserlaubnis, eine Rückkehr ist in den nächsten zwei Jahren unbürokratisch möglich.

Finanzielle Folgen:

Keine, die Mittel werden aus den für die Freiwilligen Aufgaben (Kombibäder Kirschau, Kamenz) beabsichtigten Mitteln entnommen.

Henry Nitzsche
Fraktionsvorsitzender
6.3.2022

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

<http://www.afdbautzen.de/>
<https://www.facebook.com/AfD.KV.Bautzen/>
<https://afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/>

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
<https://t.me/karstenhilsepolitiker>
<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/>
https://www.youtube.com/channel/UCFgfHEc7yJb75lBR_CvtopA/videos

Frank Peschel, MdL

<https://frankpeschel.de/>
<https://t.me/frankpeschel>
<https://www.facebook.com/frankpeschel.de>

Timo Schreyer, MdL

<https://www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD>

Doreen Schwietzer, MdL

<https://www.facebook.com/SchwietzerMdL>

Regionalgruppe Bautzen

<https://www.facebook.com/AfDstadtbautzen/>
<https://www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/>



AfD Oberlausitz/Oberland

<https://www.facebook.com/AfDOberlausitz>

https://www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

<https://t.me/oliverhelbing>

<https://www.afd-cunewalde.de/>

Regionalgruppe Bischofswerda

<https://www.facebook.com/afd.bischofswerda>

Regionalgruppe Hoyerswerda

<https://www.facebook.com/AfD-Hoyerswerda-910992965679861>

Regionalgruppe Kamenz

<https://www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004>

<https://afd-stadtrat-pulsnitz.de/>

Regionalgruppe Königsbrück

<https://www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck>

Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

<https://www.facebook.com/groups/465255757689215/>

Termine – Kreisverband Bautzen

Fr	11.03.22	18.00 Uhr	Parkplatz Gondelteich Hoyerswerda	AUTOKORSO gegen die Impfpflicht und für die Freiheit
Di	29.03.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	30.03.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	31.03.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Fr	01.04.22	13.00-16.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Karsten Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag



AfD – Verdächtig gut!

Das Verwaltungsgericht Köln hat entschieden, dass der Verfassungsschutz die AfD beobachten darf. Die AfD hat sich, so wie viele Menschen außerhalb der AfD, verdächtig gemacht, weil sie Bestrebungen, die freiheitlich demokratische Grundordnung auszuhebeln, als solche benennt und dagegen ankämpft. Jeder Bürger, der sich heute kritisch gegenüber der Regierungspolitik äußert, sei es in der Euro-, EU-, Energie-, Migrations- oder Gesundheitspolitik, gerät ins Visier von Haldenwang und Co.. Die AfD ist der parlamentarische Arm Aller, die mit demokratischen Mitteln unser Deutschland und die FDGO verteidigen. Deshalb wird sie diskreditiert.

Wir werden weiter für unser Deutschland und die Demokratie kämpfen!

<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/photos/a.375131266199774/1606965016349720>

/



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 6.3.2022

Liebe Freunde, liebe Leser,

auch wenn Corona derzeit in den Medien nur eine untergeordnete Rolle spielt, so laufen die Vorbereitungen für die Impfpflicht dennoch auf Hochtouren.

Mitte März tritt die einrichtungsbezogene Impfpflicht im Gesundheitswesen trotz heftiger Kritik offiziell in Kraft. Zudem berät am 17. März der Bundestag über die allgemeine Impfpflicht.

Es ist klar, dass sich die AfD dabei gegen jeden Zwang ausspricht und für die individuelle Entscheidungsfreiheit kämpft. Doch was genau nährt unsere Skepsis gegenüber den Corona-Impfstoffen? Welche sachlichen Argumente sprechen gegen eine Impfpflicht? Und mit welchen Fakten untermauern Wissenschaftler diese Bedenken?



Bereits am Montag, den 7. März, findet zu diesen Fragen im Sächsischen Landtag (ab 10 Uhr) eine wegweisende öffentliche Anhörung auf Initiative der AfD statt. Während in den Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender meist nur Impfbefürworter eine Bühne erhalten, ist bei der Anhörung im Sächsischen Landtag eine offene Debatte gewährleistet, weil Experten mit verschiedenen Standpunkten aufeinandertreffen.

Ein Schwerpunkt der Anhörung werden daher auch die größtenteils verschwiegenen Nebenwirkungen und Schäden durch Impfungen sein. Vor etwas mehr als einer Woche hatte die Krankenkasse BKK ProVita großes Aufsehen erregt, als sie enthüllte, hochgerechnet mindestens achtmal mehr Verdachtsfälle von Impfnebenwirkungen zu kennen als das Paul-Ehrlich-Institut (PEI), also die dafür zuständige Bundesbehörde.

BKK ProVita-Vorstand Andreas Schöfbeck wurde daraufhin fristlos gekündigt, obwohl die Studie keineswegs widerlegt werden konnte. Inzwischen heißt es bei der Tagesschau, der Analyst der Studie stünde den „Querdenkern“ nahe.

Ebenso kontrovers wurden in den letzten Tagen Daten des Pharmakonzerns Pfizer diskutiert, die eigentlich bis zum Jahr 2097 unter Verschluss bleiben sollten. Das nun öffentlich gewordene



Pfizer-Dokument listet auf neun engbeschriebenen Seiten drohende Nebenwirkungen auf.

Brisant sind in dem Dokument zudem die Angaben zu Todesfällen im Zusammenhang mit der Impfung. Von 42.086 erfassten Verdachtsfallmeldungen unerwünschter Nebenwirkungen gingen 1.223 tödlich aus. Das sind 2,9 Prozent.

Zum Vergleich: Das Paul-Ehrlich-Institut weist in der Statistik bei 244.576 Verdachtsfällen insgesamt 2.255 Impftote aus. Damit kämen wir auf 0,9 Prozent. Die Pfizer-Daten legen also den Verdacht nahe, dass es dreimal mehr Impftote geben könnte als offiziell bekannt.

Auffällig finde ich darüber hinaus, wie selten Impfnebenwirkungen in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten gemeldet werden. Die Melderate liegt hierzulange bei 1,1 Verdachtsfällen je 1.000 Impfdosen. In den Niederlanden liegt dieser Wert bei 4,4 und in Dänemark gibt es viermal so viele Meldungen wie bei uns.

Wie kann das sein? Impfreaktionen, die „über das übliche Maß hinausgehen“, so die behördliche Sprachregelung, sind zwar meldepflichtig. Aber – und das ist der entscheidende Punkt: Ärzte werden dafür nicht gesondert vergütet, haben jedoch einen enormen Verwaltungsaufwand.

Daher bestehen berechnete Zweifel an den Zahlen aus Deutschland. Es dürfte eine enorme Dunkelziffer nicht erfasster Fälle geben. Das legen auch Obduktionen nahe. In Heidelberg wurden 40 Verstorbene untersucht, die innerhalb von 14 Tagen nach einer Corona-Impfung verstarben. In 30 bis 40 Prozent der Fälle könnte die Impfung die Todesursache gewesen sein, erklärt der renommierte Chef-Pathologe Prof. Peter Schirmacher.

Diese Forschungsergebnisse zu ignorieren, ist fahrlässig. Sie per se als „Verschwörungstheorie“ zu diffamieren, ist unredlich. Und ausnahmslos alle Menschen zu einem Impf-Experiment nötigen zu wollen, grenzt gar an Körperverletzung und ist ein schwerer Angriff auf die im Grundgesetz festgehaltene körperliche Unversehrtheit.

Medizinische Eingriffe müssen stets der privaten, individuellen Risikoabwägung unterliegen. Der Staat hat diese Entscheidungen zu respektieren. Respektiert er sie nicht, zeigt er sich übergriffig und dagegen regt sich zu Recht Widerstand, den wir unterstützen.

Die Massenproteste auf der Straße überall in Deutschland sind ein deutliches Indiz dafür, dass die Altparteien diesmal eindeutig zu weit gegangen sind. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam die einrichtungsbezogene und die allgemeine Impfpflicht stoppen!

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/4992346950857162/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.3.2022

Solidarität mit den russischen Bürgern, die aktuell rassistischen Angriffen ausgesetzt sind!



Drogenhändler festgenommen: Abschiebung auch nach Syrien!

In Dresden wurde ein Syrer wegen Drogenhandels festgenommen. Auf Anfrage des AfD-Abgeordneten [Hans-Jürgen Zickler](#) (7/9015) kam nun heraus, dass der Araber über keine ordentliche Aufenthaltsgenehmigung verfügt, sondern nur über eine „Fiktionsbescheinigung“. Obwohl der Syrer seit 2015 in Sachsen lebt, hat er offensichtlich keinen Anspruch auf Asyl und müsste längst abgeschoben sein.



„Dieser Fall zeigt einmal mehr, dass die Kretschmer-Regierung komplett bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber versagt“, kritisiert Zickler. „Andere Länder wie Dänemark schieben längst auch wieder Kriminelle nach Syrien ab.“

Mittlerweile hat sich das Heer der Ausreisepflichtigen in Sachsen auf fast 15.000 angestaut. Durch diese Untätigkeit der Staatsregierung fehlt uns der Platz für echte Hilfsbedürftige.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/drogenhaendler-festgenommen-abschiebung-auch-nach-syrien/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.3.2022

Lichtensteiner Kinderklinik erhalten: Wohnortnahe Gesundheitsversorgung garantieren

Die Lichtensteiner Kinderklinik soll nun doch geschlossen werden. Damit verliert Sachsen innerhalb kurzer Zeit bereits die dritte Kinderklinik.

[Frank Schaufel](#), gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:



„Wir halten diese Entwicklung für fatal. Auch wenn die grundsätzliche Versorgung im Moment noch gesichert ist, werden die Wege für viele Patienten im ländlichen Raum immer weiter. Das gilt es zu vermeiden. Eine gute Erreichbarkeit von Kliniken muss gesetzlich garantiert werden. Sächsische Dörfer und Kleinstädte sollten attraktiver werden und nicht noch weiter ausbluten.“

Deshalb hat die AfD bereits den Antrag gestellt, die wohnortnahe stationäre Gesundheitsversorgung zu sichern (6/12896). Die Grundlage hierfür ist eine auskömmliche Investitionskostenfinanzierung durch die Erhöhung der Landesmittel. Laut Krankenhausgesellschaft ist die

Investitionsquote in Sachsen zu niedrig und hat über die Jahre zu einem Investitionsstau von 350 Millionen Euro geführt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/lichtensteiner-kinderklinik-erhalten-wohnortnahe-gesundheitsversorgung-garantieren/>

Benzin-Wahnsinn stoppen! Steuern senken!

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) will nichts gegen die explodierenden Benzinpreise unternehmen. Steuersenkungen seien nicht finanzierbar. Dafür hat Lindner 200 Milliarden Euro für den „klimafreundlichen Umbau“ des Landes bereitgestellt.

Davon sollen u.a. Elektro-Ladesäulen und die teure Wasserstoff-Erzeugung bezahlt werden.

[Jan Zwerg](#), energiepolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Der Finanzminister lässt es zu, dass Autofahren zum Luxus wird. Die Erhöhung der Pendlerpauschale um drei Cent ab dem 20. Kilometer ist nur ein schlechter Witz. Geringverdiener werden dadurch überhaupt nicht entlastet. Selbst das deutlich ärmere Polen hat die Steuern auf Benzin bereits vor Monaten drastisch gesenkt. Das muss nun auch in Deutschland passieren. Lindners FDP wird sonst endgültig zur Abzocker-Partei.“



Es ist sowieso rätselhaft, wie sich eine angeblich [marktwirtschaftlich](#) orientierte Partei derart einer radikalen Klima-Ideologie unterwirft. Der Schaden für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand



wird gewaltig sein. Viele Pendler werden bald nicht mehr ihre Arbeitsstelle erreichen können. Zudem werden sich über gestiegene Transportkosten alle Preise drastisch erhöhen und unser Geld weiter massiv entwerten.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/benzin-wahnsinn-stoppen-steuern-senken/>

Russland: Die Isolationsstrategie ist ein fatales Eigentor!

Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hat Überlegungen, alle [Energie](#)-Importe und Rohstofflieferungen aus Russland einzustellen, eine Absage erteilt. Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Der grüne Koalitionspartner von Herrn Kretschmer glaubt immer noch daran, die sich in rasanter Geschwindigkeit ausweitende Energiekrise ließe sich mit neuen [Windrädern](#) und Solaranlagen lösen. Das ist ein gefährlicher Irrglaube.

Ministerpräsident Michael Kretschmer steht daher vor einer für die CDU sicherlich schweren Entscheidung: Entweder er treibt unsere Bürger und unsere Unternehmen gemeinsam mit den Grünen in den finanziellen Ruin oder er sucht die Zusammenarbeit mit der AfD, um eine realitätsbezogene Energiepolitik durchzusetzen. Die Mehrheitsverhältnisse in Sachsen würden eine solche Kehrtwende ermöglichen.

Klar ist für uns: Gerade aufgrund der Fehler der letzten Jahre (Ausstieg aus der Kernkraft und Kohle) sind wir auf russische Energie-Importe angewiesen, ob wir es wollen oder nicht. Das bedeutet: Es wäre verheerend, wenn Russland, wie bereits angedroht, Gaslieferungen an Deutschland einstellen würde. Die aktuell diskutierte Isolationsstrategie ist daher ein fatales Eigentor.

Sollte Herr Kretschmer das genauso sehen wie wir, sind wir gern zu Gesprächen über die zukünftige Energiepolitik bereit.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/russland-die-isolationsstrategie-ist-ein-fatales-eigentor/>

Impfnebenwirkungen: Schadensbilanz muss auf den Tisch!

Zur gestrigen öffentlichen Anhörung des Sozialausschusses zu Immunitätsnachweisen und [#Impfnebenwirkungen](#) erklärt der AfD-Abgeordnete [André Wendt](#):

„Wir haben im Sächsischen Landtag erstmals eine Anhörung erlebt, in der nicht nur Impfbefürworter, sondern auch Mediziner und Wissenschaftler zu Wort gekommen sind, die eine gegenteilige Meinung zur Corona-Impfung haben.

Die volle Besuchertribüne zeigte, dass sich sehr viele Sachsen eine solche ergebnisoffene Diskussion wünschen und sie ihre individuelle Risikoabwägung noch nicht abgeschlossen haben. Ich möchte daher zunächst noch einmal an die Staatsregierung appellieren, sich gegen eine allgemeine und die Rücknahme der einrichtungsbezogenen Impfpflicht einzusetzen. Die





Entscheidung jedes Einzelnen, sich impfen zu lassen oder nicht, ist zu respektieren.

Mehrere Experten haben in der Anhörung die Meinung vertreten, dass eine natürliche Immunität besser ist als eine Impfung. Der Antikörperschutz sei für mindestens 14 Monate gewährleistet, trug eine Ärztin vor. Es war aus diesem Grund falsch, die Zeit des Genesenen-Status zu verkürzen. Vielmehr sollten wir über eine Verlängerung nachdenken (Drs. 7/8312).

Darüber hinaus war das Ausmaß der Impfnebenwirkungen eine große Streitfrage in der heutigen Anhörung. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise auf den massiven Anstieg bei den Hospitalisierungen aufgrund von Impfnebenwirkungen, die Schädigungen durch die Corona-Impfungen und die Untererfassung von diesbezüglichen Meldungen eingegangen. Dabei sind Mängel bei der statistischen Erfassung offensichtlich geworden.

Untersuchungen, die Auskunft darüber geben, wie viele Verdachtsfälle einer über das übliche Ausmaß einer Impfreaktion hinausgehenden gesundheitlichen Schädigung in der Bevölkerung tatsächlich auftreten, sind dabei von immenser Bedeutung. Erst dann herrscht Transparenz und erst dann sind wir in der Lage, eine objektive Schadensbilanz aufzustellen (Drs. 7/8500).“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/4923491234387022>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.3.2022

Ausstieg vom Kohle-Ausstieg jetzt!

Laut der russischen Nachrichtagentur „Interfax“ hat Russland nun per Dekret verfügt, eine Liste von Staaten zu erstellen, die sich an Sanktionen gegen Russland beteiligen. Diesen Staaten, zu denen auch Deutschland gehört, droht Russland nun seinerseits, die Lieferungen von Öl und Erdgas einzustellen. Das Dekret soll bis Dezember 2022 gelten.



„Wir müssen zwingend und schnell den bereits angelaufenen Ausstieg aus der Kohle-Verstromung stoppen“, sagt der Generalsekretär der AfD Sachsen, [Jan Zwerg](#): „Die sächsische CDU muss aufhören zu laviieren und sich als Regierungspartei klar für die Interessen der Bürger einsetzen. Die Energiepreise werden andernfalls in astronomische Höhen steigen und es kann zu Versorgungsausfällen auf allen Ebenen kommen.“

Die Russland-Krise hat mehr als deutlich gemacht, dass wir uns, soweit es geht, selbst mit Wärme und Strom versorgen müssen. Die Kohle-Ausstiegsszenarien für die Jahre 2030 oder 2038 müssen komplett verworfen werden.

Tritt der Fall ein, Deutschland würde kein russisches Erdgas, keine russische Kohle und auch kein russisches Öl mehr importieren oder Russland entschiede, nun endgültig die Lieferungen einzustellen, müsste das halbe Volumen des Erdgases, das in Deutschland benötigt wird, ausgeglichen werden.



Der grüne, sächsische Umweltminister, Günther, hat die Debatte um den Erhalt der Kohleproduktion jetzt öffentlich als ‚Zombie-Diskussion‘ diskreditiert. Das ist ideologische Verblendung! Die sächsische AfD sichert als stärkste Oppositionspartei für den Ausstieg vom Kohleausstieg politische Unterstützung auf allen möglichen Ebenen zu.“

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/4631688176960330/>

Kein Platz für echte Hilfsbedürftige? Wirtschaftsmigranten abschieben!

Zur Aufnahme von Flüchtlingen erklärt die migrationspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, [Martina Jost](#):

„Viele Ukrainer kommen derzeit in Sachsen an. Deshalb muss die Staatsregierung nun endlich Platz schaffen für tatsächliche Hilfsbedürftige und illegale Wirtschaftsmigranten wieder in ihre Heimat schicken. Weil die Regierung fast niemanden mehr abschiebt, ist das Heer der ausreisepflichtigen Ausländer auf fast 15.000 Personen in Sachsen angewachsen.

Es ist das falsche Signal von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer, abgelehnte Asylbewerber weiter mit Wohnung und reichlich Bargeld zu versorgen. So werden diese illegalen Migranten nie ihrer Ausreisepflicht nachkommen. Eine Umstellung auf Sachleistungen ist dringend geboten. Aufgrund der falschen Asyl-Politik fehlen in Sachsen nun Unterkünfte für Ukrainer und die Steuerzahler werden unnötig belastet.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/kein-platz-fuer-echte-hilfsbeduerftige-wirtschaftsmigranten-abschieben/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.3.2022

Rentner als Sozialfälle: Macht Politik für die eigenen Bürger!

Immer mehr sächsische Senioren erhalten zu wenig Rente und müssen von 851 Euro Sozialhilfe leben. Insgesamt stieg ihre Zahl im letzten Jahr auf 12.500 Hilfsbedürftige, berichtet die LVZ.



Selbst wer 28 Jahre das deutsche Durchschnittsgehalt verdient hatte, muss nun im Alter beim Sozialamt anklopfen.

„Geld ist genug da in Deutschland – nur leider nicht für unsere Senioren, die unseren Wohlstand aufgebaut haben“, kritisiert der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#). „Lieber verschwendet die Regierung aktuell 200 Milliarden Euro für den ‚klimaneutralen Umbau‘ unserer Wirtschaft. Oder sie verschenkt unser Steuergeld nach Südeuropa: Die Bürger in Italien oder Frankreich dürfen dafür früher und mit einer höheren Durchschnittsrente ihren Lebensabend genießen können.

Die Absenkung des deutschen Rentenniveaus auf 48 Prozent des Durchschnittsgehalts ist beschämend. Laut OECD liegt unser Rentenniveau schon heute



deutlich unter dem Durchschnitt aller Industriestaaten. In Österreich erhalten die Rentner z.B. nach 45 Arbeitsjahren fast 90 Prozent, in Italien sogar 92 Prozent.

Die Regierung muss endlich wieder Politik für die eigenen Bürger machen. Wir können nicht die ganze Welt finanzieren und den moralischen Klassenprimus spielen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/rentner-als-sozialfaelle-macht-politik-fuer-die-eigenen-buerger/>

Allgemeine Impfpflicht – Deutschland (fast) allein auf der Welt!

Beinahe trotzig betonte SPD-Kanzler nun erneut: „Wir brauchen die allgemeine Impfpflicht, um uns für den Herbst und Winter vorzubereiten.“ Nur wenige Stunden zuvor hatte Deutschlands Nachbarland, Österreich, die allgemeine Impfpflicht ausgesetzt. Sie kommt nicht! In ganz Europa ist die allgemeine Impfpflicht längst auch kein Thema mehr. In der Debatte darüber trat die EU-Kommission sogar auf die Bremse: Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni sah „keinen Grund mehr, über die Einführung einer Impfpflicht zu beraten.“



Weltweit gibt es lediglich sieben Länder, die eine Impfpflicht einführen wollen oder eingeführt haben. Darunter Indonesien, Tadschikistan, Turkmenistan und Equador. Deutschland ist also (fast) allein auf der Welt. Selbst in Italien besteht Impfpflicht lediglich für ältere Menschen ab 50.

Nun warnten obendrein 81 renommierte deutsche Wissenschaftler vor der Einführung: In einem Brief an den Bundestag heißt es: Eine Impfpflicht ist „nicht erforderlich, nicht angemessen und damit verfassungswidrig.“

Deutschlands Kurs erinnert an den eines Geisterfahrers!

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/4634401380022343/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

Nein, Herr Gauck! Die Bürger brauchen nicht zu frieren!

Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck rief gestern bei ‚Maischberger‘ die Bevölkerung dazu auf, die enorme Teuerung infolge von Boykotten und Sanktionen hinzunehmen: „Wir können auch einmal frieren für die Freiheit und wir können auch einmal ein paar Jahre ertragen, dass wir weniger an Lebensglück und Lebensfreude haben“.



Das sagt ein Mann, der jährlich rund 250.000 Euro Ehrensold erhält, darüber hinaus Mitarbeiter und Fahrer, die jährlich mit 385.000 Euro zu Buche schlagen. Dabei sind Reisekosten, Bürobedarf und Personenschutz noch nicht eingerechnet. Herr Gauck lebt wie ein König im Ruhestand, aber ruft die Bürger dazu auf, jahrelang frierend im Kalten zu sitzen. So sollen sie für das diplomatische Versagen von

Regierungskritikern büßen, die den Ukraine-Krieg vermutlich hätten verhindern können, wenn sie sich dafür ehrlich eingesetzt hätten. Nein, Herr Gauck, die Bürger sollen nicht frieren und auf Lebensfreude verzichten!

Die Regierung muss durch starke Senkung von Energie- und Mehrwertsteuer und durch Abschaffung der CO2-Bepreisung dafür sorgen, dass Energie wieder für alle erschwinglich wird. Und Wirtschaftssanktionen und Boykotte dürfen nicht zum regelmäßigen Mittel der Politik werden, sonst reduziert Deutschland nicht nur seine Handelsmöglichkeiten und zahlt Energiepreise weit über dem Marktpreis, sondern isoliert sich auch mehr und mehr auf der Welt. Das schadet den Bürgern und dient nicht dem Frieden. Wenn nicht Waren die Grenzen überqueren, dann werden Soldaten es tun. Das müssen wir verhindern!

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1758788034429462/2729398584035064/>



Der sogenannte „Verfassungsschutz“ findet noch immer keinen Beleg für Extremismus in der AfD ...

Die Frage, ob die AfD als Gesamtpartei »verfassungsfeindlich« sei, beschäftigt Medien und Politik seit Jahren in Dauerschleife. Nach der Devise »steter Tropfen höhlt den Stein« folgt ein Versuch



auf den nächsten, uns zum Beobachtungsobjekt des sogenannten »Verfassungsschutzes« zu erklären – die Stoßrichtung allein der regelmäßigen Absichtsbekundung liegt dabei auf der Hand: Nachgerade verzweifelt kämpft das politische Establishment darum, unserer Partei das Etikett der Anrüchigkeit anzuheften. Der Bürger, der millionenfach seine politische Heimat bei der AfD gefunden hat, soll den Eindruck bekommen, nicht mehr zu den »Anständigen der Gesellschaft« zu zählen, wenn er uns seine Stimme gibt oder auch nur mit uns liebäugelt. Es kommt dabei weniger darauf an, wie Gerichtsentscheide, wie der gerade in Köln getroffene,

letztlich ausfallen. Weitaus entscheidender ist, wie der sogenannte »Verfassungsschutz« als Propagandainstrument eingesetzt wird, um dem Wähler die Furcht in die Glieder zu jagen, er könne eine diffuse Mitschuld an »demokratiefeindlichen Umtrieben« tragen. [1] Obwohl in Deutschland (noch) das Wahlgeheimnis gilt, vermittelt man Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sie könnten beim Ankreuzen der »blauen Gefahr« erwischt werden und ihre berufliche Existenz gefährden. Von öffentlichen Sympathiebekundungen für die AfD ganz zu schweigen.

Es ist in diesem Zusammenhang auffällig, daß gerade jene Partei, die wie keine andere den Spaziergängern den Rücken stärkt, welche auf unseren Straßen für die Wiedereinsetzung unserer bürgerlichen Grundrechte präsent sind, derart unter Dauerbeschuß steht. Damit zeigt die AfD offen ihre Hinwendung und ihren Respekt für das Grundgesetz – daher ist die Frage erlaubt, was dem sogenannten »Verfassungsschutz« mehr am Herzen liegt: Dieses Grundgesetz oder vielmehr die Interessen der Bundesregierung, die von ihrem freiheitsfeindlichen Kurs nicht ablassen will? Immerhin ist für schon Anfang April, im Windschatten des Ukraine-Konflikts, die Abstimmung über die allgemeine Impfpflicht angesetzt. [2]

Ein »Verfassungsschutz«, der den Namen verdiente, sollte seine Aufmerksamkeit gerecht verteilen und bei jeglicher Bedrohung der Demokratie Alarm schlagen. Einem Bundespräsidenten, der ohne Scham die RAF-Terroristin Gudrun Ensslin in die Reihe der »wichtigsten Frauen der Weltgeschichte« stellt, und sie dafür lobt, mit Intelligenz und persönlicher Stärke gegen die politischen Verhältnisse ihrer Zeit gekämpft zu haben, sollte eine solche Behörde mit Misstrauen begegnen, wenn es mit rechten Dingen zuginge. [3] Auch Bernd Riexinger, der Ex-Chef der »Linken«, den das Magazin »Cicero« einmal als »Vulgärmarxisten« bezeichnete, hätte die Zuwendung unserer »Verfassungsschützer« verdient: Als eine Teilnehmerin des Parteikongresses 2020 die »Erschießung der Reichen« zwecks Finanzierung linker Utopien forderte, [4] nahm Riexinger das lächelnd zur Kenntnis. Immerhin zeigte er sich im Anschluss daran so gnädig, das stalinistische Erschießungskommando zugunsten einer Verbringung ins Arbeitslager »abzumildern«. Es ist zur allgemein anerkannten Faustregel geworden: In jedes etwas deftigere Wort eines AfD-Politikers werden Umsturzpläne hineininterpretiert, SPD, Linke und Grüne hingegen berufen sich ohne nennenswerten Widerspruch auf »Missverständnisse« oder darauf, einen Scherz gemacht zu haben. Die CDU war ebenfalls kein Verdachtsfall, als sie sich noch zum



Abstimmungsprinzip im Staatsangehörigkeitsrecht bekannte. Und zur Abrundung des Gesamtbildes besetzt in Deutschland heute eine bekennende Antifa-Sympathisantin das Innenministerium. Ironisch könnte man anmerken, daß in Deutschland politische Gewalt mit der richtigen Haltung im Gepäck salonfähig geworden ist – mit stiller Duldung eines »Verfassungsschutzes«, der sich zwar hin und wieder mit sanfter Mißbilligung dazu äußert, aber letztlich die Hände in den Schoß legt.

Mit diesem Wissen im Hintergrund sollten wir einer eventuell eingeleiteten Beobachtung mit Gelassenheit entgegensetzen. Der sogenannte »Verfassungsschutz« - eine weltweit übrigens einzigartige Institution – ist kein ernstzunehmender Gradmesser mehr für die Grundgesetztreue einer Partei. Sein auffälliges Weghören bei den Ausfälligkeiten hochrangiger Politiker der Altparteien spricht Bände. Diese Behörde schützt weder Volk noch Verfassung, sondern einzig die Interessen der Mächtigen im Land.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=620785402678446&set=a.599798814777105>

Energie muss für alle erschwinglich sein!

Die Teuerung in Deutschland war sowieso schon auf Rekordhoch. Jetzt steigen die Energiepreise wegen des Ukraine-Kriegs und der Sanktionspolitik ins Unerschwingliche. Die Megawattstunde Erdgas kostet 345 Euro, das bedeutet einen Anstieg von 72,5% seit dem bisherigen Rekord am vergangenen Freitag.

Rund 40 Prozent der Gasimporte kamen bisher aus Russland. Aber die Bundesregierung hat das Gasleitungsprojekt Nord Stream 2 voreilig beerdigt. Die Sanktionen werden bewirken, dass Gas auf absehbare Zeit nicht wieder so günstig wird, wie wir es gewohnt waren. Und auch der Preis für Erdöl steigt rasant an. Rohöl ist mit knapp 140 Dollar pro Barrel so teuer wie seit 2008 nicht mehr. Vor zwei Jahren lag der Preis mit 41,50 Dollar bei weniger als einem Drittel davon. Die Folgen spüren die Bürger an der Tankstelle. Der Sprit kostet teils über zwei Euro pro Liter, die 2,50-Euro-Marke könnte bald gerissen werden. Besonders hoch ist der Anstieg beim Diesel. Auch hier fallen Boykotte und Sanktionen ins Gewicht. Ölhändler verknappen das Öl künstlich, indem sie Russland boykottieren. Wie der Geschäftsführer des Außenhandelsverbands für Mineralöl und Energie Dr. Hans Wenck bemerkt, wäre Diesel aus Russland auf dem deutschen Markt vorhanden, er wird aber nicht vertrieben. Diese Politik des Boykotts und der Verknappung ist verantwortungslos!



Als wären diese horrenden Preisanstiege im Energiebereich nicht schon belastend genug, beraten USA und EU auch noch über einen kompletten Importstopp für Öl aus Russland. Die Folgen für die deutschen Bürger sind den Politikern der Regierungsparteien offenbar gleichgültig. Der CSU-Vizechef und Europaabgeordnete Manfred Weber kündigt an, dass die Sanktionen unser „Leben verändern werden“ und „hohe Kosten verursachen, die es aber wert sind. Freiheit hat kein Preisschild.“ Außenministerin Baerbock erklärte schon lange vor Ausbruch des Kriegs, Deutschland sei „bereit, dafür einen hohen wirtschaftlichen Preis zu zahlen“. Und Wirtschaftsminister Habeck empfahl den Bürgern: „Wenn man Putin ein klein bisschen schaden



will, dann spart man Energie“. Solche Äußerungen zeigen, wie weit sich diese Politiker vom Alltag und von den Sorgen normaler Bürger entfernt haben. Hat einer von ihnen die Bürger gefragt, ob sie bereit sind, diesen hohen Preis zu zahlen, weil Regierungspolitiker den Krieg nicht am Verhandlungstisch beenden wollen, sondern mit Sanktionen weiter Öl ins Feuer gießen?

Die Regierung muss schnell Schritte einleiten, um Energie für die Bürger wieder erschwinglich zu machen. Der staatliche Anteil am Sprit beträgt in Deutschland rund 50 Prozent bei Diesel und knapp 60 Prozent bei Super. Um die Autofahrer zu entlasten, muss jetzt schnellstens die CO₂-Bepreisung abgeschafft, die Energiesteuer drastisch gesenkt oder ebenfalls abgeschafft werden. Die Mehrwertsteuer auf Sprit und Heizöl ist von 19 auf 7 Prozent zu senken. Die Polen machen es vor. Dort wurde die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe von 23 Prozent auf acht Prozent gesenkt, dadurch ist der Sprit rund 60 Cent günstiger als in Deutschland. Viele Autofahrer aus der Grenzregion tanken in Polen, während deutsche Tankstellenbetreiber vor der Pleite stehen. Die Bundesregierung darf dieser Entwicklung nicht länger zusehen und Außenpolitik auf Kosten der Bürger treiben!

Wir dürfen Energieträger nicht weit über dem Marktpreis importieren, nur weil wir uns durch Sanktionen Handlungs- und Handelsmöglichkeiten verbauen. Wir brauchen Diplomatie und freien Handel statt Sanktionen und explodierende Preise!

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1810210785953853/2727680777540178>

Jetzt erst recht: Alternative Politik zum Wohl unseres Landes!

Am 8. März 2022 hat das Verwaltungsgericht Köln Urteile zu vier Klagen der Alternative für Deutschland gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) verkündet. Als Parteichef habe ich die Verhandlung über die vollen zehn Stunden verfolgt, die Auffassung des Gerichts teile ich nicht.



Zwar konnten wir uns mit zwei unserer Anträge durchsetzen. Die Existenz des ‚Flügels‘ kann nach Ansicht des Gerichts vom BfV nicht nachgewiesen werden, deshalb darf der Verfassungsschutz nicht länger öffentlich mitteilen, der Flügel sei als gesichert extremistische Bestrebung einzustufen. Auch über die Mitgliederzahl des aufgelösten Flügels darf das BfV keine Mutmaßungen mehr verkünden. Trotzdem erlaubt das Gericht dem BfV, die Alternative für Deutschland als Verdachtsfall einzustufen.

Diese Argumentation erscheint widersprüchlich. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Wir warten jetzt die schriftliche Urteilsbegründung ab und entscheiden nach sorgfältiger Prüfung, ob wir weitere Rechtsmittel einlegen. Unabhängig davon bleibt für mich klar: Wir müssen und werden uns als Partei auch weiterhin mit aller Kraft und Entschlossenheit in den Parlamenten für eine alternative Politik zum Wohl unseres Landes einsetzen!

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1758788034429462/2728747004100222/>



Maßnahmen sollen auch OHNE CORONA bestehen bleiben!

Am 20. März laufen alle Corona-Maßnahmen aus - eigentlich. Die Ampel-Koalition und Panik-Karl

Maßnahmen sollen künftig auch ohne Corona bestehen bleiben und willkürlich verschärft werden können

Das zeigt:
Es geht nicht um Corona, es geht um Machtausübung, Freiheitsbeschränkungen und Kontrolle!



haben jedoch Angst, ihre Macht über die Menschen zu verlieren und wollen die Rückkehr zu Freiheit und Normalität auf Biegen und Brechen verhindern. Deshalb haben sie einen neuen Entwurf des Infektionsschutzgesetzes vorgelegt: Darin sollen die Maßnahmen wie Maskenpflicht in der Öffentlichkeit und im Nahverkehr, Testpflicht und Zugangsbeschränkungen durch 2G und 3G auch ohne epidemische Notlage auf unbestimmte Zeit weiter fortbestehen. Und zwar auch unabhängig von der Corona-Lage. Einfach so. Aus Prinzip. Die Länder dürfen demnach je nach Lust und Laune Maßnahmen verhängen und verschärfen, denn konkrete Schwellenwerte gibt es nicht. Wo der Maßnahmen-Gürtel enger geschnallt werden wird, hängt fortan davon ab, welchen

Kurs der jeweilige Ministerpräsident fährt. Was die Regierung „Basisschutz“ nennt, ist schlicht Freiheitsberaubung! Es geht längst nicht mehr um Gesundheitsschutz – es geht um den Machterhalt und die Kontrolle der Regierenden, die Bürger jederzeit willkürlich gängeln zu können! Schluss mit Willkür und Despotie - Rückkehr zu Freiheit und Normalität!

<https://www.facebook.com/sichertmartin/photos/a.1510391619257066/2780845215545027/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>



Weitere Veröffentlichungen der AfD-Bundestagsfraktion in den sozialen Medien

AfD-Fraktion verabschiedet Positionspapier zum Ukraine-Krieg!

Die Fraktion hat heute auf der Klausurtagung ein Positionspapier zum Russland–Ukraine-Krieg verabschiedet:



1. Der Krieg gegen die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands, den wir scharf verurteilen.
2. Wir trauern mit den Familien der gefallenen Soldaten und der zivilen Opfer beider Seiten.
3. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert vom russischen Präsidenten ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und setzt sich mit Nachdruck für einen sofortigen Waffenstillstand sowie für die Entsendung einer VN/OSZE-Friedenstruppe in die Ukraine ein.

4. Wir unterstützen die Anrainerstaaten, die sehr viele ukrainische Flüchtlinge aufnehmen, ebenso wie die vor Ort tätigen Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz. Wir sind für die temporäre Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingen, sofern es sich um ukrainische Staatsbürger handelt.

5. Einen Beitritt der Ukraine zur EU und zur NATO lehnen wir ab.

6. Wirtschaftssanktionen sind abzulehnen. Wir befürworten Sanktionen gegen Verantwortliche und Unterstützer des Angriffskrieges.

7. Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu liefern, ist grundsätzlich abzulehnen, da dies zur Eskalation beiträgt. Eine Entscheidung solcher Tragweite sollte dem Bundestag in namentlicher Abstimmung vorbehalten bleiben.

8. Die Energiewende der etablierten Parteien mit einem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Kernkraft hat uns abhängig und verwundbar gemacht. Wir halten an Nord Stream II fest, da diese Erdgasleitung ein wesentlicher Beitrag zu einer verlässlichen, sicheren und günstigen Energieversorgung Deutschlands ist. Wir fordern den Wiedereinstieg in die Kernenergie und den Weiterbetrieb moderner Kohlekraftwerke.

9. Wir fordern die politischen Parteien, alle gesellschaftlichen Kräfte und die Medien auf, den zunehmenden Diskriminierungen gegenüber russischsprachigen Mitbürgern entschieden entgegenzuwirken.

<https://afdbundestag.de/positionspapier-ukraine-krieg/>

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1078278016089042/>



Rekordpreise bei Heizöl und Kraftstoff - und der Staat macht sich die Taschen voll!

Öl- und Gaspreise erreichen stündlich neue Hochs, die Bürger zahlen horrenden Summen an den Tankstellen und beim Kauf von Heizöl. Dennoch bleibt die Ampel nicht nur untätig, sondern verdient an den Preissteigerungen kräftig mit.



Kostete der Liter Heizöl im Januar vergangenen Jahres noch 57 Cent, hat sich der Preis hierfür inzwischen mit 1,63 Euro fast verdreifacht. Der Liter Diesel ist im gleichen Zeitraum um etwa 40 Prozent teurer geworden.

Die Bundesregierung muss die Bürger nun umgehend entlasten. Statt tatenlos dabei zuzusehen, wie die Energiepreise die Menschen in Deutschland in die Armut treiben, sind umgehend Maßnahmen zu treffen, um einen weiteren Anstieg der Energiepreise zu verhindern.

Hierzu sind sofort CO₂-Abgabe und Energiesteuer zurückzunehmen, darüber hinaus besteht im Bereich der Mehrwertsteuer Handlungsspielraum. Der Staat darf nicht zum Nutznießer eines kriegerischen Konflikts werden, der die Preise für Rohöl und Gas in den Himmel treibt, sondern muss der Situation angemessene steuerliche Anpassungen vornehmen, um Bürger und Wirtschaft gleichermaßen zu entlasten. Tut er dies nicht, besteht die große Gefahr, dass nicht nur das Tanken und Heizen unerschwinglich wird, sondern auch sämtliche Waren des täglichen Bedarfs. <https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/5304319432912582/>

Ideologischer Missbrauch des "Weltfrauentags"

Feminismus senkt weder die Energiepreise, noch bringt er den Familien in Deutschland ein Essen auf den Tisch!

Der Weltfrauentag ist, zumindest in der Weise, in der er in Deutschland begangen wird, für die Bundesregierung nicht mehr als eine weitere Gelegenheit, bedeutungsschwanger den erhobenen Zeigefinger zu präsentieren. Ideologisch verblendet werden mit dem internationalen Frauentag hauptsächlich die Bereiche Gendern und Quote verbunden, während sich die Ampel-Regierung den wirklichen Problemen der Frauen in Deutschland vollständig verschließt.

Die Feminismus-Anstrengungen von Grünen, SPD und FDP sind darüber hinaus symptomatisch für eine Politik, die sich niemals am Wohle des gesamten deutschen Volkes orientiert, sondern immer nur an dem bestimmter Interessengruppen. Stets werden ‚Probleme‘ gelöst, die bei näherer Betrachtung gar keine sind, während man sich dem Blick aufs große Ganze vollständig verweigert.



Diese Schaufenster-Politik, die lediglich auf einer moralischen Ebene wirkt und für ein besseres



Befinden auf der Regierungsbank sorgt, klammert die Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Land vollständig aus. Feminismus senkt weder die Energiepreise, noch bringt er den Familien in Deutschland ein Essen auf den Tisch.

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/5306663479344844/>

Österreich stoppt Immunisierungspflicht: Deutschland muss folgen!

Österreich steigt aus: Die Immunisierungspflicht, die unsere österreichischen Nachbarn bereits eingeführt hatten, wird als „nicht verhältnismäßig“ gestoppt. Damit tragen die Österreicher der aktuellen Entwicklung und der Tatsache Rechnung, dass sich die Lage inzwischen deutlich entspannt hat.



Anders in Deutschland: Bereits in der kommenden Woche will der Bundestag erst über die Immunisierungspflicht debattieren, um sie dann am Folgetag zu beschließen. Während also alle anderen Länder den Rückwärtsgang eingelegt und nahezu alle Maßnahmen längst aufgehoben haben, bleibt Deutschland im Panikmodus.

Die AfD-Fraktion im Bundestag wird sich sowohl gegen jede Immunisierungspflicht aussprechen, als auch gegen weitere Maßnahmen. Die Bevormundung der Bürger muss ein Ende haben. Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in Europa, enormen Preissteigerungen bei den Energiekosten und angesichts der Tatsache, dass man bereits unzählige Arbeitsplätze mit willkürlichen Maßnahmen vernichtet hat, muss es jetzt endlich eine Rückkehr zur Vernunft und Sachlichkeit geben.

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/5309551319056060/>



Video-Empfehlungen

Bericht einer Frau, die in der Ukraine helfen wollte .. leider ist dies wohl kein Einzelfall!

<https://www.facebook.com/100067133470999/videos/5208778669154259/>

Lutz Männel - Schneewittchen pflegt

<https://www.youtube.com/watch?v=NmoGg9MqbU>

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Meldungen aus Deutschland und der Welt

Ukraine: Hintergründe und Sichtweisen fernab der indoktrinierenden Massenmedien

Nikolai Platoschkin – ehemaliger russischer Diplomat

<https://www.facebook.com/100000263457715/videos/1002865410641463>



Vermischtes aus Deutschland und der Welt

Lindner: Keine Senkung der Benzinsteuer wegen Preissteigerungen

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/lindner-keine-senkung-der-benzinsteuer-wegen-preissteigerungen-a3746960.html>

Autofahren offenbar noch nicht teuer genug – es droht die PKW-Maut

<https://www.tichyseinblick.de/wirtschaft/autofahren-ist-noch-nicht-teuer-genug-es-droht-die-pkw-maut/>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Braucht Deutschland noch die Maskenpflicht?

<https://www.rnd.de/gesundheit/corona-faellt-die-maskenpflicht-in-deutschland-nach-dem-freedom-day-3LBPMEXDHVDM3N6JFOH26U5QBQ.html>

Österreich: Regierung setzt Impfpflicht aus

<https://orf.at/stories/3252118/>

Fällt im Supermarkt die Maske? Neuer Corona-Entwurf sorgt für Freude – die CSU schimpft „verheerend“

<https://www.tz.de/bayern/corona-regeln-aktuell-bayern-maerz-lockerungen-maskenpflicht-supermarkt-einzelhandel-mkr-91403605.html>

Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-gkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9



Nachrichten aus der Kategorie „Bereicherung“ ...

Anteil ausländischer Sextäter nimmt zu

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2022/anteil-auslaendischer-sextaeter/>

Erste Flüchtlinge in Garmisch-Partenkirchen angekommen - Hotel will nur Ukrainer aufnehmen

<https://www.merkur.de/lokales/garmisch-partenkirchen/garmisch-partenkirchen-ort28711/ukraine-krieg-fluechtlinge-ankunft-bayern-garmisch-unterbringung-hotel-frauen-kinder-91399748.html>

Fakten in Bildern



**»Abgedrehte Heizungen
und eingeschränkte Mobilität
sind kein heroischer Akt gegen Putin,
sondern Folge idiotischer Energiepolitik.«**

(Rocco Burggraf, Architekt)



tageschlau ¹
„Faktenfinder“

02.03.2022

KRIEG IN DER UKRAINE
Berichte über Biolabore
nur Gerüchte und
Desinformation.

welt
online

09.03.2022

BEFRAGUNG US-AUßENSTÄATSEKRETÄRIN
Nuland räumt ein, dass es
Biolabore in der Ukraine
gibt.

Fazit:
**Faktenfinder ist
Desinformation
und kann weg!**

TEAMBYSTRON

Instagram: TeamBystron Twitter: Faktenfinder Facebook: Faktenfinder YouTube: Faktenfinder Twitch: TeamBystron LinkedIn: TeamBystron

Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremlinger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen